



SPD: Herrsching soll Schwammstadt werden

Die SPD ist immer noch Deutschlands Mitglieder-stärkste Partei: 2021 waren 390 000 Menschen in der ältesten Partei Deutschlands. Wenn man davon 4 Nullen wegstreicht, ergibt sich die Mitgliederzahl der Herrschinger SPD. Von den 39 Herrschinger Bürgerinnen und Bürgern waren immerhin 11 zur Jahreshauptversammlung gekommen. Sie haben ihren örtlichen Parteivorstand jeweils mit der maximalen Stimmenzahl wiedergewählt. Chef des Verbands bleibt der langjährige Vorsitzende und ehemalige Gemeinderat Werner Odemer, ihn vertreten Gabriele Frey, Veronika Schnell und Hans-Hermann Weinen.

Die Initiativen des Ortsverbandes schlugen sich in der Jahresbilanz '23 nieder, die Beisitzer Tom Hamaus vortrug: Die SPD-Anträge galten den Fahrradstraßen in Herrsching, die in der Madeleine-Ruoff, der Hanauer- und der Summerstraße Wirklichkeit wurden. Die Straßenbeleuchtung in Herrsching wurde durch energiesparende LED-Leuchten ersetzt. Weitere Forderungen der SPD sind Mini-Kraftwerke an den Balkonen und das Verbot von Schottergärten. Die Forderung nach einer Tempo-30-Zone an der Ortsdurchfahrt in Breitbrunn wurde inzwischen teilweise realisiert. Die Exkursionen durch die Herrschinger Geschichte mit der Gemeindearchivarin Dr. Friederike Hellerer gingen auf SPD-Anregungen zurück. Dass ein kostenloser Busverkehr im Landkreis und Bezahlbares Wohnen auf dem Bofrostgelände nicht realisiert werden konnten, ist der allgemeinen Haushaltsnot geschuldet.

Bei den Vorstandswahlen, streng geheim und trotzdem mit maximal möglichen Stimmenzahlen, wurden Kassierer Stefan Rauch, Schriftführerin Renate Mengen und Medien-Beauftragter Tom Hanaus bestätigt. Beisitzer sind Ingeborg Donhauser, Hildegard Wienholt, Dr. Thomas Dalibor und Peter Günther.

Gemeinderat Wolfgang Schneider stellte die Eckpunkte der in Vorbereitung befindlichen Grünplanungssatzung vor und begründete noch einmal die Ablehnung einer Baumschutzverordnung. Im Entwurf für diese Satzung, die der Bauausschuss erarbeiten will, möchte die SPD gerne – sozusagen als Präambel – stehen haben: „Mit dieser Grünplanungssatzung soll ein speziell im Hinblick auf den Klimawandel zukunftsfähiges, durchgrüntes und nachhaltiges Ortsbild erhalten und fördern. Dem Erhalt von ausgewachsenen Büschen und Bäumen wird oberste Priorität eingeräumt. Die Gemeinde kann Erhaltungsmaßnahmen bezuschussen. Einer unnötigen Flächenversiegelung soll entgegengewirkt werden.“ Zu den berühmten Schottergärten steht in dem Entwurf: „Reine Schottergärten im Garten- und Vorgartenbereich sind unerwünscht! Bestehende reine Schottergärten sollen umgebaut, neue, zur Anlage kommende Gärten, Vorgärten, Wege und Zufahrten müssen wasserdurchlässig und im Sinne der

Artenvielfalt angelegt und bepflanzt werden. Zufahrten und Zuwegungen sind auf das absolute Minimum zu beschränken. Einhausungen für Müll- und Abfallbehälter sind mit hochwachsenden oder rankenden Gehölzen wirksam einzugrünen.“

Um auf künftige Starkwasser-Ereignisse besser vorbereitet zu sein, sieht der SPD-Entwurf vor:

„Dachflächenwasser dürfen nicht in Kanäle eingeleitet werden. Neue Gartenanlagen müssen dem Prinzip der Schwammstadt folgen. Flachdächer und vergleichbar geeignete Dächer sind bei Hauptgebäuden ab einer Gesamtfläche von 50 Quadratmetern für Garagen, Carports und Nebenanlagen ab 15 Quadratmetern flächig und dauerhaft zu begrünen. Dabei ist eine durchwurzelbare Mindestgesamtschichtdicke von 10 Zentimetern (einschließlich Drainschicht) vorzusehen. Dies gilt nicht für die durch notwendige technische Anlagen nutzbaren Freibereiche auf den Dächern und für die, durch Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und des Sonnenlichtes in Anspruch genommenen Flächen.“

Von diesen Forderungen wurde allerdings schon ein Teil durch die von den Grünen und der BGH vorgeschlagene Stellplatzsatzung verwirklicht.

Category

1. Gemeinde

Date

23/08/2026

Date Created

15/04/2024